



BÜRGER-VERANTWORTUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT

„Sei dir deiner Verantwortung als Bürger bei der Erledigung lokaler, nationaler oder internationaler Angelegenheiten stets bewusst. Scheue weder Zeit noch Aufwand, die dein Einsatz mit sich bringen kann.“ (*Advices and Queries, 34*)

Was heißt es, „Bürger“ zu sein?

Der Begriff „Bürger(in)“ trägt mehrere Bedeutungen mit sich: Zum einen kann er im Kontext von „Staatsbürgerschaft“ als juristischer Begriff verstanden werden, sich also auf jemanden beziehen, der den Pass eines bestimmten Staates besitzt und eine Reihe klar definierter Rechte in dieser Gesellschaft wahrnimmt. Zum anderen kann der Begriff des „Bürger-Seins“ weit darüber hinaus gehen, indem eine moralische Idee von Menschen beschrieben wird, die sich in dem Gemeinwesen, in dem sie leben, engagieren und aktiv einbringen. Quäker waren sich dieser zweiten Dimension stets bewusst, wenn sie über ihre Rolle in der Gesellschaft nachdachten:

„Gebe dich nicht damit zufrieden, die Dinge zu akzeptieren wie sie sind, sondern behalte einen wachen und kritischen Geist. Versuche die Ursachen für soziale Unruhen, Ungerechtigkeit und Angst zu verstehen; erkenne die Neuentwicklungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben. Arbeite für eine Gesellschaftsordnung, die es Männern und Frauen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihrem Wunsch, der Gesellschaft zu dienen, nachkommt.“

Britische Jahresversammlung, Quaker Faith and Practice, 23.01

„... Verlangt es die Treue zum Reich Gottes, müssen wir in der Lage sein, die Gebote des Staates zurückzuweisen. Höchste Treue zum Staat und eine wahrhaftige Staatsbürgerschaft sind jedoch vonnöten, wenn die Gebote falsch sind. ...“

T Edmund Harvey, 1937 (aus: Britische Jahresversammlung, Quaker Faith and Practice, 23.88)

Diese Betrachtungen werfen einige grundsätzliche Fragen auf:

- Was kann ich als Bürger(in) von Staat und Gesellschaft erwarten?
- Kann die Gesellschaft bestimmte Formen des Handelns oder Engagements von mir *erwarten*?
- Welche Verantwortung ist mit der Staatsbürgerschaft und meiner Rolle als Bürger(in) verbunden? Wie kann ich aktive an der Gestaltung der Gesellschaft teilhaben?

Die juristische Definition

Welche Rechte haben europäische Bürger?

Als Rechtsbegriff wurde die 'Unionsbürgerschaft' in dem Vertrag von Maastricht 1993 festgelegt. EU-Bürger verfügen über eine Anzahl an Rechten: lokales Wahlrecht in demjenigen EU-Land, in dem der momentane Wohnsitz ist; Freizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten; Übertragung von Sozialschutz und Ruhegehaltsansprüchen; Recht auf diplomatischen Schutz und Petitionsrecht. Die Rechte der europäischen Bürger wurden 1995 durch die Einführung des Bürgerbeauftragten (des sogenannten „Ombudsmannes“) bekräftigt, an den alle europäischen Bürgerinnen und Bürger Beschwerden in EU-Angelegenheiten richten können.

Die Rechte, die heute mit der Unionsbürgerschaft verbunden sind, gelten für jeden, der Bürger eines der EU-Mitgliedstaaten ist. Das heißt, dass die Rechte nicht für in der EU lebende Bürger aus Drittländern gelten. Hiermit besteht eine Ungleichheit der Rechte,

die zu einer weiteren Diskriminierung von Nicht-EU-Bürgern führt, die in der EU leben. Gruppen wie das *Europäische Netz gegen Rassismus* (ENAR) führen daher eine Kampagne durch für ein neues Modell der Staatsbürgerschaft, welches auf dem Wohnsitz in der EU und nicht wie bisher auf der Staatsangehörigkeit beruht. Ihrer Meinung nach könnte mit Erreichung dieses Ziels die Unionsbürgerschaft ein Mittel im Kampf gegen Rassismus werden.

Im Gegensatz zur Unionsbürgerschaft gilt die *EU-Grundrechtscharta* (größtenteils) sowohl für EU-Bürger als auch für Personen mit Wohnsitz in der EU. Das Dokument enthält eine Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bürgerrechten. Trotz ihrer „Proklamation“ auf dem Gipfel von Nizza 1999 hat die Charta keinen rechtsverbindlichen Charakter. Dem Konvent zur Zukunft Europas obliegt es nun, abzuwägen, ob dies in Zukunft anders sein soll und ob die Charta Teil eines künftigen Verfassungsvertrags für die Union werden soll.

Fühlen Sie sich als 'Europäer'? Ziehen Sie es vor, als EU-Bürger zu gelten oder als Bürger Ihres Herkunftslandes?

Aktive Bürger-Verantwortung Eine europäische Zivilgesellschaft?

Wird „Bürger-Verantwortung“ als eine aktive Verbindung von Engagement, Verantwortung und Sorge um gesellschaftliche Belange empfunden, dann müsste von den Bürgern ein ebenso großes Interesse für europäische Angelegenheiten wie für nationale oder lokale Fragen ausgehen. Die Distanz zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern ist jedoch eindeutig, sodass eine der Aufgaben des gegenwärtigen Europäischen Konvents darin bestehen muss, diese Lücke zu füllen. Schritte in diese Richtung wären: eine offenere und transparentere EU, bessere Information und Ausbildung für die Bürger sowie größere Möglichkeiten für die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft.

„Zivilgesellschaft“ beschreibt den Raum, in dem eine öffentliche Debatte und die Tätigkeit der Bürger ihren Platz finden. Organisationen der Zivilgesellschaft sind nichtstaatliche und

gemeinnützige Organisationen. Dies reicht von Kampagnengruppen bis zu Wohltätigkeitsvereinen, Glaubensgemeinschaften und lokalen Initiativen.

Auch wenn die Zivilgesellschaft nicht direkt an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt ist, kann sie eine wichtige Rolle dabei spielen, wie eine Gesellschaft regiert wird. Durch ihre Nähe zu den Meinungen und Werten der Normalbürger können Organisationen der Zivilgesellschaft ein wichtiges Bindeglied zwischen Regierungen und Bürgern darstellen.

Auf Europaebene erweist sich das Verhältnis zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft jedoch als problematisch. Bisher erfolgte die Einbindung der Zivilgesellschaft auf einer Ad-hoc-Basis, ohne näher festgelegte Verfahrensregeln. Die Europäische Kommission hat versucht, dieser Situation Abhilfe zu schaffen. Das *Weißbuch „Gutes Regieren“* von letztem Jahr enthielt Vorschläge für eine größere Transparenz, Effizienz und Verantwortung der EU ohne die Notwendigkeit einer Vertragsänderung. Während das Weißbuch mehr Dialog mit der Zivilgesellschaft fordert, empfinden viele Organisationen dies als unzureichend. Vorschläge von Gruppen der Zivilgesellschaft sind unter anderem:

- Festlegung eines Vertragsartikels, wodurch die EU rechtlich zum Dialog mit den Bürgern verpflichtet wird;
- Festlegung eines offiziellen 'Beraterstatus' für Nicht-Regierungsorganisationen, wie dies bei den UN der Fall ist.

Anregungen:

Welche Rolle sollte der Zivilgesellschaft in einer künftigen EU zufallen?

Ist die EU Ihrer Meinung nach ihren Bürgern gegenüber verantwortlich?

**Sind Sie auf Europaebene politisch aktiv?
Wenn nicht, wie könnten Sie leichter aktiv werden?**

Wie können die Quäker ein größeres Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft übernehmen?